

Einladung zum Bündnistreffen

13.03.2018, 19:00 Uhr

Alevitischer Verein, Nobistor 33, 22767 Hamburg

Bündnis für Demokratie und Frieden in Afrin

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit nunmehr sechs Wochen sind wir fast täglich auf der Straße, um ein Zeichen für den Frieden und gegen den Krieg zu setzen. Seit dem 20. Januar sehen wir uns mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg konfrontiert, den das türkische Militär gemeinsam mit verbündeten islamistischen Gruppen gegen das Gebiet Afrin führt.

Afrin ist einer der drei Kantone Rojavas/Nordsyrien, welcher neben Kurd*innen muslimischen, alevitischen und ezidischen Glaubens auch die Heimat christlicher Assyrer*innen, syrischer Araber*innen und Armenier*innen ist. Die Stadt Afrin mit ihren umliegenden Dörfern konnte seit Beginn des Krieges in Syrien trotz wiederholter Angriffe durch die Nusra-Front, den Islamischen Staat (IS) oder andere islamistischen Gruppen relative Stabilität und Frieden bewahren. Darüber hinaus wurde das Gebiet für hunderttausende Binnenflüchtlinge aus Aleppo und den umliegenden Gebieten ein sicherer Hafen.

Bei den vom türkischen Militär geführten Angriffen vom Boden und aus der Luft sind bis dato mehr als 300 Zivilist*innen getötet worden, darunter mehr als 70 Kinder. Die Zahl der Verwundeten liegt über 600 Menschen. Bei einem großen Teil dieser zivilen Opfer handelt es sich um syrische Binnenflüchtlinge. Gezielt werden zivile Wohngebiete mit Artillerie und aus der Luft bombardiert, ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und systematisch Infrastruktur, wie beispielsweise Wasseraufbereitungsanlagen, zerstört. Videoaufnahmen belegen Kriegsverbrechen wie Leichenschändungen als auch Folter und Misshandlungen gefangener Kämpfer*innen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten und verschleppter Zivilist*innen.

Das erklärte Ziel der Türkei ist nicht nur, das Gebiet zu besetzen, sondern auch ethnische Säuberungen durchzuführen. Diese Verbrechen begeht das NATO-Mitglied Türkei mithilfe Waffen und Panzern aus deutscher Produktion. Deutsche Waffen werden nicht nur gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, sondern auch gegen jene Frauen und Männer, die

den Islamischen Staat in Syrien besiegt und damit auch unsere Sicherheit hier in Deutschland verteidigt haben.

Der Angriff gegen Afrin stellt auch einen Angriff auf die Strukturen der gleichberechtigten Selbstverwaltung und demokratischen Selbstbestimmung verschiedenster Ethnien, Religionen und Geschlechtern dar. Diese bieten ein Lösungsmodell für Konflikte der gesamten Region. Die türkischen Angriffe jedoch unterhöheln die Chance auf eine baldige Lösung im syrischen Konflikt und führen zu noch mehr Leid und Flucht. Die Gefahren einer humanitären Katastrophe und eines Völkermordes steigen täglich. Die türkische Armee intensiviert in den vergangenen Tagen die Luftangriffe, der Einmarsch in die Stadt Afrin steht kurz bevor,

In der Türkei selbst wird es immer schwieriger, sich kritisch gegen diesen Krieg zu äußern. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir hier in der Bundesrepublik unsere Stimme noch lauter erheben, um diesen Krieg zu beenden. Doch auch nähern sich die Zustände immer weiter derer in der Türkei an. Die Repression seitens der BRD erlangt in diesen Tagen neue Ausmaße: am 8./9. März wurden der Mezopotamien Verlag und der Musikvertrieb Mir Multimedia durchsucht und 7 LKW-Ladungen Material beschlagnahmt. Die Newroz-Feier in Hannover soll verboten werden. Razzien und Verbote von Fahnen und Symbolen, sogar von Demonstrationen, die sich gegen den Krieg richten, begleiten uns täglich. Damit macht sich die Bundesregierung zum Erfüllungsgehilfen beim Kampf, den die Türkei gegen die kurdische Bewegung führt.

Wir fordern: Maßnahmen zur Beendigung des völkerrechtswidrigen Angriffes, das sofortige Ende deutscher Rüstungsexporte und humanitäre Hilfe. Weiterhin das Ende aller schmutzigen politischen Deals zwischen der BRD und der Türkei.

Das Bündnis für Demokratie und Frieden in Afrin ruft alle demokratischen Institutionen und Verbände, alle Anti-Kriegs-, Ökologie- und Frauenbewegungen, die Gewerkschaften und alle Einzelpersonen, die die gemeinsamen Werte teilen, auf, sich an den Protesten zu beteiligen.

Um unsere Forderungen gemeinsam durchzusetzen, unseren Protest in die gesamte Öffentlichkeit zu tragen und gemeinsam Aktionen zu planen, laden wir euch zu unserem Bündnistreffen am 13.03. ein und erwarten euer zahlreiches Erscheinen.